

Thomas Michael Baier

Österreich in der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF)

Entstehung der ITF

Die Gründung der ITF verdanken wir einer Initiative des ehemaligen schwedischen Premierministers Göran Persson. Schockiert von den Ergebnissen einer Umfrage unter schwedischen Mittelschülern und Mittelschülerinnen, die ein bisher ungeahntes Maß an Unkenntnis der Shoah und der Entwicklungen, die zu ihr geführt haben, aufzeigten, beauftragte er seine Regierung im Jahre 1998 mit der Durchführung von Untersuchungen auf dem schwedischen Bildungssektor. Hierzu konnten bereits namhafte internationale Historiker, allen voran der israelische Holocaustexperte Yehuda Bauer, herangezogen werden. Erstes Ergebnis dieser Untersuchungen war die Schaffung der schwedischen Organisation *Levande Historia – Living History*, die unter anderem mit dem Aufbau einer internationalen Institution zur weltweiten Verbreitung von Holocausterziehung beauftragt wurde. An US-Präsident Bill Clinton und den britischen Premier Tony Blair gerichtete Schreiben des schwedischen Premierministers, in denen er für diese Idee warb, fanden positiven Widerhall. In der Folge wurden auch Deutschland, Israel und Polen, ohne die internationale Anstrengungen zur Förderung der Holocausterziehung undenkbar schienen, eingeladen.

Inzwischen hatte Persson die Weichen zur Einberufung einer hochrangigen internationalen Begegnung interessierter Regierungen zur Diskussion von Holocausterziehung gestellt, dem Internationalen Forum über den Holocaust von Stockholm. Vom 27. bis 29. Jänner 2000 nahmen dort unter der Führung des weltbekannten Schriftstellers und Holocaustüberlebenden Elie Wiesel 23 Staats- und Regierungschefs und 14 Regierungsmitglieder aus insgesamt 46 Staaten eine gemeinsame Erklärung an, in der sie sich für die Umsetzung nationaler Politiken und Programme zur Unterstützung der Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust und des Gedenkens daran engagierten und die als *Stockholm-Declaration*¹ Geschichte machte.

¹ Wenngleich die Stockholmer Erklärung den Begriff „verpflichten“ verwendet, ist es allgemein anerkannt, dass deren Unterzeichnerstaaten keine völkerrechtlichen

Die Stockholmer Erklärung ruft zu verstärkten Anstrengungen zur Förderung der Aufklärung, des Erinnerns und der Forschung im Bereich des Holocaust auf, und zwar sowohl in den Ländern, die bereits viel in dieser Hinsicht geleistet haben, als auch in denjenigen, die sich diesen Bemühungen anschließen möchten. Sie verweist ferner auf die gemeinsame Verpflichtung, die Beschäftigung mit dem Holocaust in allen ihren Dimensionen anzuregen, wozu besonders die Aufklärung über den Holocaust an Schulen und Universitäten sowie deren Förderung und Unterstützung in Gemeinden und anderen Einrichtungen zählen. Die Erklärung erinnert auch an die gemeinsame Verpflichtung, der Opfer des Holocaust zu gedenken und diejenigen zu ehren, die Widerstand gegen ihn geleistet haben, sowie geeignete Formen des Erinnerns an den Holocaust in unseren Ländern, darunter einen jährlichen Holocaust-Gedenktag, zu initiieren. Schließlich enthält die Erklärung die Zielsetzung, die Öffnung von Archiven zu erleichtern und somit Forscherinnen und Forschern den Zugang zu allen Dokumenten mit Bezug zum Holocaust zu gewährleisten („um Licht in das noch immer herrschende Dunkel des Holocaust zu bringen“).²

In der Folge entwickelte sich die ITF zu einer internationalen Einrichtung, die einen erstaunlichen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen konnte und der heute 30 Staaten angehören. Sie gewann zunehmend an politischer Schlagkraft: Wiederholt sind der jährlich rotierende Vorsitz und die Mitgliedsländer Vorfällen von Wiederbetätigung, Antisemitismus oder sonstigen Erscheinungsformen, die dem Geist der Stockholmer Erklärung widersprechen, in öffentlichen Erklärungen nachdrücklich entgegengetreten.

Bei Verstößen eines Mitgliedslandes gegen Bestimmungen oder den Geist der Stockholmer Erklärung kommt es regelmäßig zu direkten Interventionen des ITF-Vorsitzes bei der betroffenen Regierung.

Die ITF steht allen Ländern offen. Voraussetzung für eine Vollmitgliedschaft ist neben der bedingungslosen Akzeptanz der Stockholmer Erklärung vor allem das Durchschreiten eines dreistufigen Verfahrens (*Observer, Liaison Country, Member Country*), im Zuge dessen Beitrittskandidaten bereits umfangreiche Informationen über ihre nationalen Programme zu Holocausterziehung, -forschung und -gedenken vorlegen und unter Anleitung zweier etablierter Mitglieder (so genannter *Leading Countries*) eine Reihe von Musterprojekten abwickeln müssen.

Verpflichtungen eingegangen sind, sondern eine politische Absichtserklärung abgegeben haben.

² www.holocausttaskforce.org/about-the-itf/stockholm-declaration.html?lang=de.

Österreich und der Holocaust

In der Geschichte Österreichs brachte das NS-Regime einen bis dahin unvorstellbaren Bruch, der jeden einzelnen Bürger in irgendeiner Form berührte. Während für Verfolgte – Jüdinnen und Juden, politisch Missliebige, Roma und Sinti, Behinderte – fast alle Lebensbereiche immer stärker eingeschränkt wurden, standen die übrigen Österreicherinnen und Österreicher sehr wohl vor grundlegenden Entscheidungen – mitzulaufen, sich an die neuen Machthaber anzupassen, schweigend zuzusehen, sich in die so genannte innere Emigration zurückzuziehen oder aber etwas gegen das Regime zu unternehmen, auch um den Preis von Haft, Verfolgung, Tod. Zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher entschieden sich für die ihnen in Aussicht gestellten Vorteile und profitierten vom Elend und der Notlage der Verfolgten: durch Aneignung fremden Eigentums in der so genannten „Arisierung“, durch Übersiedlung in frei gewordene Wohnungen der gekündigten jüdischen Mieter oder einfach durch Besetzung von Positionen, die durch die Ausschaltung der unliebsamen Konkurrenz plötzlich verfügbar wurden. Mit all dem sicherte sich das NS-Regime zumindest für den Anfang die Zustimmung der Bevölkerung, in der viele ihre trügerischen Erwartungen bestätigt zu sehen glaubten. Der mit Terror unterstützte Zwang zur ideologischen Gleichschaltung wurde dafür in Kauf genommen.³ Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, andere vom NS-Regime als feindlich verfolgte Menschen sowie politische Gegner und Gegnerinnen des Regimes wurden die Opfer dieses totalen Außerkräftsetzens von Humanität und Menschenrechten zugunsten einer neuen, von rassistischer Ideologie und weltanschaulichem Totalitätsanspruch geprägten Hierarchie. Insgesamt sind mindestens 66.000 österreichische Jüdinnen und Juden ermordet worden. An diesen Morden waren auch Österreicher als Täter direkt und indirekt beteiligt. Dem rassistisch motivierten Massenmord fielen auch andere Gruppen zum Opfer – Roma und Sinti, Behinderte –, die zum Teil bis heute Diskriminierung und Vorurteilen ausgesetzt sind.

Die Katastrophe des Nationalsozialismus und deren Auswirkungen auf die Österreicherinnen und Österreicher sowie der Umgang mit diesen Jahren ist daher nicht nur Teil der österreichischen Geschichte und seiner Identität geworden, sie hat Österreich auch eine ganz besondere historische und moralische Verantwortung auferlegt, der in der Nachkriegsperiode nur zögernd nachgekommen wurde. Seit dem letzten Dezennium des vergangenen Jahrhunderts hat sich in Österreich die Art der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jedoch wesentlich verändert. Zunächst hatte, in den Jahrzehnten nach 1945,

³ Eine im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands eingerichtete Dauerausstellung zeigt diese zwei Seiten des Beginns des NS-Regimes sehr deutlich.

die Opferthese, die Österreich im Sinne der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 und der Unabhängigkeitserklärung vom April 1945 als das erste Opfer des Nationalsozialismus darstellt, die Verdrängung der NS-Vergangenheit gefördert und dazu geführt, dass die breite Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zum „Anschluss“ im März 1938 negiert und die Beteiligung von Österreicherinnen und Österreichern am nationalsozialistischen Verfolgungsapparat und an der Vertreibung, Ausraubung und Ermordung der österreichischen jüdischen Bevölkerung jahrzehntelang ausgeblendet wurde. Die öffentliche Besinnung darauf, dass die Österreicherinnen und Österreicher nicht nur unter den Opfern, sondern auch unter den Tätern der NS-Zeit waren, begann eigentlich erst in den 1980er-Jahren; den Anstoß dazu hatten die Diskussionen um die Vergangenheit des damaligen Präsidentschaftskandidaten und späteren Bundespräsidenten Kurt Waldheim gegeben. Seither hat Österreich zahlreiche Initiativen entwickelt, die diesem neuen Verständnis seiner Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus Rechnung tragen. Hierzu zählen der Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus, das umfassende Vertragswerk des Washingtoner Abkommens aus 2001 mit dem Allgemeinen Entschädigungsfonds, der Österreichische Zukunftsfonds und schließlich auch das Engagement Österreichs in der ITF.

Österreichs erste Aktivitäten in der ITF

Österreich wurde am 1. Februar 2001 in die ITF aufgenommen, nachdem es die von der Stockholmer Erklärung vorgegebenen Voraussetzungen in den drei Schwerpunktbereichen Erziehung, Erinnerung und Forschung erfüllt hatte. Dazu zählten insbesondere die wichtigen Schritte, die auf dem Bildungssektor gesetzt wurden, allen voran die Schaffung der Plattform „erinnern_at“, die sich im Auftrag des Unterrichtsministeriums für die Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus in den Schulen engagiert. Sie stellt heute einen nicht mehr wegzudenkenden Faktor im österreichischen Bildungswesen dar und wurde auch international wiederholt als beispielhaft gewürdigt. Was die österreichische Zeitgeschichtsforschung betrifft, so hatte bereits Anfang der 90er-Jahre ein gestiegenes Interesse für die Untersuchung des Holocaust eingesetzt. Hervorhebenswert ist ein mehrjähriges Projekt zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, das auf Anregung von Yad Vashem und Empfehlung der österreichischen Bundesregierung vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) durchgeführt wurde, wodurch bis heute mehr als 63.000 Namen von geschätzten insgesamt mindestens 66.000 österreichischen Holocaustopfern mit Todesort und Todesdatum erfasst werden konnten. Wesentlich erscheint in diesem Kontext die Forschungsförderung durch den Nationalfonds der Republik Österreich sowie Förderungen durch den Zukunftsfonds

und durch andere öffentliche Stellen. Das Dokumentationsarchiv, dem Brigitte Bailer – die auch Mitglied der Academic Working Group der ITF ist – seit 2004 vorsteht, wiederum erforscht seit seiner Gründung 1963 die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen in der österreichischen Gesellschaft und tritt seit Anbeginn gegen rechtsextreme, antisemitische und rassistische Tendenzen und Strömungen auf. Wenige Jahre später wurde das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien gegründet, das sich ebenso wie auch andere wissenschaftliche Vereine und Institutionen Verdienste um die Erforschung des Nationalsozialismus erwarb.

Diese Institutionen, die beiden Fonds und andere öffentliche Einrichtungen haben auch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Erinnerungskultur in Österreich geleistet. Das betrifft die Aktivitäten am 5. Mai, dem offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, und an anderen Gedenktagen wie den 27. Jänner und den 8. November, die in Österreich vor allem von NGOs wahrgenommen werden. Insbesondere sind die jährlichen Befreiungsfeiern in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, in Gusen und vielen ehemaligen Außenlagern zu erwähnen, die vor allem vom Mauthausen Komitee Österreich und seinen regionalen Gruppen durchgeführt werden. Unterstützung erfahren auch die zahlreichen lokalen Gedenk-Initiativen, die in Wien und in den Bundesländern an die Opfer der Shoah und an die Orte der NS-Verbrechen erinnern. Die Änderung der österreichischen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, wie sie auch in der Mitgliedschaft in der ITF zum Ausdruck kommt, hat zum Beschluss über die Neugestaltung der beiden wichtigsten österreichischen Gedenkstätten geführt: das Bundesministerium für Inneres führt seit 2010 den Umbau der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Mauthausen durch, die 1978 eröffnete Österreichische Gedenkausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau befindet sich ebenfalls im Prozess der Neugestaltung, der vom Nationalfonds koordiniert wird.

Diese Leistungen boten Österreich die Gelegenheit, sich innerhalb der ITF zu profilieren. Tatsächlich hat Österreich von Anfang an in die drei Arbeitsgruppen zu Erziehung, Erinnerung und Forschung international anerkannte Expertinnen und Experten entsendet und konnte somit seinem Engagement um Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust den der ITF gebührenden Ausdruck verleihen. Internationale Würdigung erfuhr dieses Engagement letztendlich durch die Übertragung des ITF-Vorsitzes an Österreich in dem für uns so bedeutungsvollen Gedenkjahr 2008, in dem sich sowohl der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland als auch die schrecklichen Ereignisse des Novemberpogroms zum 70. Mal jäherten.

Der österreichische ITF-Vorsitz 2008

In die österreichische Vorsitzperiode fielen u. a. zwei insgesamt fünftägige Plenarversammlungen, an denen insgesamt je 250 Personen teilnahmen. Da es üblich ist, ITF-Tagungen mit dem Besuch von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus zu verbinden, wurde für das Frühjahrsplenium vom 15.–18. Juni die Stadt Linz mit Besuchen bei den Gedenkstätten Mauthausen und Hartheim gewählt. Das Herbstplenium fand vom 14.–17. Dezember in Wien statt. Eine Einladung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ermöglichte die Abhaltung im Wiener Parlamentsgebäude, was von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht zuletzt als politische Geste verstanden und außerordentlich gewürdigt wurde.

Schwerpunkt des österreichischen Vorsitzes war die Stabilisierung und Stärkung der Schlagkraft der Organisation vor dem Hintergrund der zunehmenden Herausforderungen, die sich ihr nicht nur im Zuge der Ausweitung ihrer Aktivitäten und ihrer Mitgliederzahl, sondern auch angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in ihren Mitgliedstaaten (Rassismus, Xenophobie) stellen. Vorerst galt es, die Stellung der neuen Exekutivsekretärin und des Ständigen Büros zu festigen. Zwar bestand das Amt des Exekutivsekretärs (*Executive Secretary*) seit der Gründung der ITF, doch verfügte dieser zunächst über keinen ständigen Amtssitz, sondern agierte stets vom Sitz des jeweiligen Vorsitzes und war daher auch auf dessen logistische Unterstützung angewiesen. Die steigende Mitgliederzahl einerseits und der zunehmende Arbeitsaufwand andererseits machten die Schaffung eines Ständigen Sekretariats unumgänglich. Dieses wurde schließlich unter tschechischem Vorsitz (2007) geschaffen und zeitgleich mit dem Beginn des österreichischen Vorsitzes operativ. Die ersten Schritte des österreichischen Vorsitzes zielten darauf ab, in enger Zusammenarbeit mit der neuen Exekutivsekretärin die Vorbereitung und das Berichtssystem über die Tagung zu verbessern und die gesamte Struktur der Organisation zu verstärken.

Ein weiterer Schwerpunkt des österreichischen Vorsitzes galt der Vernetzung mit anderen internationalen Organisationen. Die Vereinten Nationen, die UNESCO, der Europarat, die OSZE (vertreten durch ODIHR) und die EU (vertreten durch deren in Wien angesiedelte Grundrechteagentur FRA) haben bei der ITF Beobachterstatus. Unter österreichischem Vorsitz begann eine Initiative zur Regelung gemeinsamer Aufgabenbereiche und der diesbezüglichen Zusammenarbeit durch politische Absichtserklärungen, die in Form so genannter *Memoranda of Understanding* abgeschlossen werden. Derartige Vereinbarungen bestehen heute mit dem Europarat und der OSZE, mit der EU laufen diesbezügliche Gespräche. Zur internationalen Vernetzung der ITF zählte auch ein am 10. November 2008 anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberpogrome mit dem OSZE/ODIHR veranstalteter Runder Tisch in der Wiener Hofburg mit dem

Titel „Lessons learned? Holocaust remembrance and combating anti-Semitism in 2008“.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verstärkung der internationalen Sichtbarkeit der Task Force leistete der österreichische Vorsitz durch die Erweiterung und Verbesserung der ITF-Website, die seither ständig aktualisiert wird und in dem einen ihrer Segmente die internationale Visibilität der ITF fördert, im andern – geschützten – Segment einen unbürokratischen Informationsfluss unter den Mitgliedern ermöglicht.

Wesentliche Impulse setzte der österreichische Vorsitz im Bereich der Einflussdiplomatie, die er im Auftrag der Task Force vor allem gegen den Revisionsismus in einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch zur Erweiterung der Mitglieder zum Einsatz brachte. Dabei bediente sich das Vorsitzteam nicht nur des Netzes der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und der in Wien akkreditierten Missionschefs der ITF-Mitgliedsländer, die zu regelmäßigen Briefings eingeladen wurden, sondern unternahm auch zahlreiche bilaterale Interventionen und – in besonderen Fällen – auch direkte Kontakte (Reisen). Der für die Task Force wichtige Erweiterungsprozess erfuhr eine beachtliche Bereicherung: Spanien wurde als Vollmitglied aufgenommen, Kanada folgte im Juni 2009. Türkei und Finnland wurden Beobachter, Mazedonien und Portugal folgten 2009. Durch eine Vorsitzmission nach Belgrad erfuhr der Prozess, der schließlich im Dezember 2011 zum Beitritt Serbiens führte, wichtige Impulse.

Den wahrscheinlich nachhaltigsten Beitrag des österreichischen Vorsitzes bildete die Einleitung eines Prozesses zur Verbesserung und Vereinfachung der institutionellen Abläufe der Projektauswahl und -finanzierung, da die bisher gehandhabte Praxis die substantielle Arbeit der damit vor allem betrauten thematischen Arbeitsgruppen bereits deutlich beeinträchtigt hatte. Das neue Exekutivsekretariat hatte bald nach seiner Arbeitsaufnahme gemeinsam mit dem Vorsitz eine Reihe von Defiziten identifiziert, denen sowohl mangelhaft durchgeführte Projektvergaben als auch der verfehlte Einsatz hoch qualifizierter ExpertInnen zugrunde lagen. Diese besorgniserregende Entwicklung veranlasste den Vorsitz, zunächst ein Moratorium für die Vergabe neuer Projekte zu verfügen, das in Kraft blieb, bis unter dem folgenden, norwegischen Vorsitz Ende 2009 über eine befriedigende Regelung des Projektvergabewesens in der ITF entschieden werden konnte. Gleichzeitig leitete der österreichische Vorsitz einen Konsultationsprozess ein, der sich zunächst den dringend zu lösenden Fragen der Projektvergabe (*Recommendations on Project Application, Review, Allocation, Reporting, Auditing and Evaluation Process*), damit im Zusammenhang aber auch Grundsatzfragen hinsichtlich der Langzeitperspektiven der Task Force widmete. Das so entwickelte, 2009 unter norwegischem Vorsitz angenommene Gesamtkonzept für Programmpolitik und Projektfinanzierung 2010–2013 umfasst zwei konkrete Umsetzungsschwerpunkte der Stockholmer Erklärung, einerseits die Entwicklung von Strategien für Holocaust-Gedenktage und andererseits die Un-

tersuchung von Ursachen und Hintergründen des Holocaust im Hinblick auf Verhütung von Völkermord in Gegenwart und Zukunft. Zielgruppen dafür sind politische EntscheidungsträgerInnen, Verwaltungsorgane, NGOs, öffentliche MeinungsträgerInnen und auch ExpertInnen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Das so entstandene Gesamtpaket schuf nicht nur die Grundlage für eine solide und transparente Förderungspolitik, sondern setzte auch inhaltlich entscheidende, gegenwartsbezogene Prioritäten.

Auf Ersuchen der akademischen Arbeitsgruppe führte der österreichische Vorsitz im Herbst 2008 Konsultationen mit dem Vatikan, die auf den Zugang zu bisher nicht oder nur teilweise zugänglichen Archivbeständen zum Pontifikat Pius XII für WissenschaftlerInnen der ITF abzielten und zunächst zur erstmaligen Entsendung eines vatikanischen Beobachters zur Wiener Plenartagung im Dezember 2008 führten. Diese Kontakte wurden von den folgenden Vorsitzen gemeinsam mit diplomatischen Vertretern von ITF-Mitgliedsländern in Rom fortgesetzt.

Österreichische Schwerpunkte in der ITF nach dem Vorsitzjahr 2008

In Umsetzung der in unter österreichischem Vorsitz erfolgten Schwerpunktsetzungen veranstaltete die österreichische ITF-Delegation gemeinsam mit dem Österreichischen Zukunftsfonds und dem im Schloss Leopoldskron angesiedelten *Salzburg Global Seminar* vom 28. Juni bis 2. Juli 2010 eine internationale Konferenz „*The Global Prevention of Genocide: Learning from the Holocaust*“. Darin wurde die Frage angesprochen, welche Methoden der Holocausterziehung auf globaler Ebene künftig weltweit besser zur Vermeidung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beitragen können, wobei besonders auf die tragischen Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit vor allem in Afrika, Asien und auf dem Balkan eingegangen wurde. Eine Folgeveranstaltung im Juni 2012 ist vorgesehen.

Die Anregungen, Erfahrungen und Kooperationen, die aus der österreichischen Mitgliedschaft bei der ITF resultieren, bildeten den Hintergrund der internationalen Tagung „Diesseits und jenseits des Holocaust. Aus der Geschichte lernen in Gedenkstätten“, die in Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15. bis 17. September 2011 in Wien veranstaltet wurde. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass Gedenkstätten in den letzten Jahren international zu zentralen Orten des Lernens aus der Geschichte geworden sind. Mit der neuen Bedeutung, die den historischen Orten der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zukommt, hat die Gedenkstättenpädagogik als Vermittlungsagentur an Relevanz gewonnen, ist aber auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Ziel war es, eine Plattform zu schaffen, die wissenschaftliche

Reflexion und praxisbezogene Ansätze der Geschichtsvermittlung in Gedenkstätten in Dialog bringt. Diskutiert wurde dabei über Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen aus der Beschäftigung mit der Geschichte der NS-Verbrechen am historischen Ort.⁴

Die Wahrnehmung der außenpolitischen Komponente der österreichischen Aktivitäten innerhalb der ITF erfolgt im BMeiA durch das Völkerrechtsbüro, das dort seit den Verhandlungen, die zum oben erwähnten Washingtoner Abkommen geführt haben, die meisten Agenden im Zusammenhang mit den Opfern der NS-Zeit betreut. Die sich daraus ergebende Beschickung der Tagungen der ITF mit Völkerrechtsexperten führte dazu, dass sich die österreichische Delegation auch nach der österreichischen Vorsitzperiode verstärkt der sich stellenden rechtlichen Aufgaben annahm. Im Mittelpunkt stand dabei der Umstand, dass die ITF zwar einerseits über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, andererseits jedoch im Zuge ihrer Entwicklung eine Reihe von Merkmalen einer internationalen Organisation angenommen hat, wie etwa das Vorhandensein bestimmter Organe, die Abhaltung regelmäßiger Tagungen, die Existenz eines Ständigen Sekretariats und nicht zuletzt die zunehmende Praxis, mit internationalen Gremien Vereinbarungen über die Zusammenarbeit abzuschließen (siehe die oben angeführten *Memoranda of Understanding* mit dem Europarat und der OSZE). Hinzu kam, dass sich im Verlauf der Entwicklung der ITF eine Fülle von den Mitgliedern getroffener Entscheidungen angesammelt hat, die den Wunsch nach einer Kodifikation dieses nicht immer überschaubaren „acquis“ laut werden ließ. Diesem Umstand trug der norwegische Vorsitz 2009 mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung von Verfahrens- und Finanzregeln Rechnung. Unter israelischem Vorsitz 2010 wurde Österreich mit der Leitung dieser Arbeitsgruppe betraut. Die Arbeiten stehen vor ihrem Abschluss und man rechnet mit einer Annahme beider Instrumente in der ersten Jahreshälfte 2012. Die neue Geschäftsordnung soll auch die Grundlage für eine Neuregelung des Verhältnisses des Ständigen Sekretariats zu seinem Sitzstaat Deutschland, die vorläufig in Form eines Vereins nach deutschem Recht erfolgt, bilden.

Eine wesentliche Initiative, die Österreich gemeinsam mit Argentinien und Norwegen erfolgreich durchführte, gilt der Kontrolle der Umsetzung sowohl der Bestimmungen der Stockholmer Erklärung als auch der Plenarbeschlüsse der ITF durch ihre Mitglieder. Es war von vielen Seiten als ungerecht empfunden worden, dass zwar die Beitrittswerber die Erfüllung der Stockholm-Kriterien durch das zuvor angeführte, strenge Aufnahmeverfahren unter Beweis zu stellen haben, während gegen die Nichteinhaltung dieser Kriterien durch ein ITF-Mitglied selbst bisher keine geeigneten Mittel zur Verfügung standen. Auf Grundlage eines gemeinsamen Textvorschlags der oben angeführten Länder beschloss

⁴ Ein Tagungsband soll 2012 erscheinen.

das Haager Plenum am 1. Dezember 2011 die Schaffung eines Verfahrens zur periodischen Berichtslegung durch alle Mitgliedstaaten im Sechsjahresrhythmus darüber, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Prüfung der Berichte wird zunächst durch je zwei dafür zu bestimmende ITF-Mitglieder (*Peer countries*) vertraulich und in Konsultation mit dem Berichtsleger erfolgen, sodann werden die Berichte dem Plenum vorgelegt und auf der ITF-Website veröffentlicht. Dabei ist es besonders wichtig, dass die einzelnen Berichte einheitlich und vergleichbar sind und einen gewissen Follow-up nach sich ziehen. Bei der Erarbeitung des Mandats für das Verfahren, das sich in mancher Hinsicht an den Berichtssystemen der internationalen Menschenrechtsvertragskörper orientiert, hatte Österreich besonderen Wert darauf gelegt, dass ausdrücklich auch die Unterstützung von Mitgliedsländern bei der Überwindung ernster Hindernisse bei der Umsetzung der Stockholmer Erklärung oder relevanter Plenarbeschlüsse der ITF umfasst wird. Konsequenterweise enthalten auch die gemeinsam mit dem Mandat angenommenen Richtlinien für die Berichterstattung Bestimmungen, wonach der Berichtsleger derartige Hindernisse bereits in seinem Bericht ansprechen und so allfällige kritische Einwände im Prüfverfahren vermeiden kann.

Die ITF wird zur International Holocaust Remembrance Organization

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass die ITF einer weiteren Entscheidung des Haager Plenums 2011 folgend ihren Namen in *International Holocaust Remembrance Organization* ändern wird. Grund für diesen Schritt war die Unzufriedenheit darüber, dass die Abkürzung ITF (International Task Force) selbst keinen Bezug zum Holocaust enthält, was, verbunden mit dem Umstand, dass ITF im Google-Suchmechanismus zu keinem auf die *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research* verweisenden Treffer führt, als ernstes Hindernis für die Visibilität der Task Force und die Ausweitung ihres Bekanntheitsgrades angesehen wurde. Die bereits unter norwegischem Vorsitz begonnenen Konsultationen verliefen zunächst ergebnislos, da man sich weder auf einen neuen Namen noch auf ein wirksames Logo einigen konnte. Der Durchbruch gelang, als der international bekannte und angesehene Architekt Daniel Libeskind (Erbauer unter anderem des Jüdischen Museums in Berlin) ein überzeugendes Logo zum oben angeführten Namen gestaltete und es der ITF zum Geschenk machte. Letzte Einwände gegen „*Organization*“ (mangels Rechtspersönlichkeit) und die Fokussierung auf den Terminus „*Remembrance*“ konnten entkräftet werden, da argumentiert werden kann, dass Maßnahmen zur Erinnerung an den Holocaust im weiteren Sinne auch Bildung und Forschung zu umfassen haben, und dass, wie etwa am Beispiel der OSZE

ersichtlich ist, eine internationale Einrichtung, sofern gewisse Voraussetzungen gegeben sind (siehe vorige Ausführungen), durchaus den Namen Organisation tragen kann, auch wenn sie selbst über keine Rechtspersönlichkeit verfügt.